

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Günther-Martin Pauli CDU**

**und**

## **Antwort**

**des Innenministeriums**

### **Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke**

#### Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat sie über die Nutzung von Sozialen Netzwerken (Facebook, Youtube etc.) durch Rechtsextremisten zur Kommunikation und Anwerbung von Sympathisanten?
2. Hat sie Erkenntnisse inwieweit Soziale Netzwerke für die Planung von Konzerten und Events, aber auch zur internen Planung rechtextremer Gewalt genutzt werden?
3. Was unternimmt sie, um der Nutzung Sozialer Netzwerke durch Rechtsextremisten entgegenzusteuern?

22.07.2012

Pauli CDU

#### Begründung

Die Bundeszentrale für politische Bildung weist darauf hin, dass zunehmend der Nährboden für rechtsextreme Gewalt in den Sozialen Netzwerken bereitet wird.

## Antwort

Mit Schreiben vom 14. August 2012 Nr. 4-1082.2/360 beantwortet das Innenministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche Erkenntnisse hat sie über die Nutzung von Sozialen Netzwerken (Facebook, Youtube etc.) durch Rechtsextremisten zur Kommunikation und Anwerbung von Sympathisanten?*

Zu 1.:

Das Internet hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Kommunikationssystem entwickelt, das zwischenzeitlich von einer großen Mehrheit der Bevölkerung genutzt wird. Auch Rechtsextremisten nutzen das Internet verstärkt zu Informations- und Propagandazwecken, zur Mobilisierung und zur Anwerbung von Sympathisanten sowie zur Kommunikation. Dies schließt auch die Nutzung von Sozialen Netzwerken mit ein.

Soziale Netzwerke werden insbesondere von Jugendlichen häufig und unbefangen frequentiert. Rechtsextremisten nutzen dies, um Jugendliche gezielt anzusprechen, gerade auch solche, die bisher noch nicht politisch beeinflusst sind. Zum Teil geschieht dies unter Verschleierung des rechtsextremistischen Hintergrunds.

2. *Hat sie Erkenntnisse inwieweit Soziale Netzwerke für die Planung von Konzerten und Events, aber auch zur internen Planung rechtsextremer Gewalt genutzt werden?*

Zu 2.:

Soziale Netzwerke werden auch für die Planung von Konzerten, Events und anderen – auch gewalttätigen – Aktionen genutzt. Die Vorbereitungen für solche Aktionen laufen im rechtsextremistischen Milieu in der Regel äußerst konspirativ ab. Entsprechende Ankündigungen werden nur sehr allgemein gehalten, sodass es den Sicherheitsbehörden – auch durch eine Beobachtung des Internet und Sozialer Netzwerke – häufig nicht möglich ist, die genaue Veranstaltungsortlichkeit festzustellen. Die endgültigen Daten über Ort und Zeit von Events und Aktionen werden erst kurz vorher, meist über anonyme Handys, weitergegeben.

3. *Was unternimmt sie, um der Nutzung Sozialer Netzwerke durch Rechtsextremisten entgegenzutreten?*

Zu 3.:

Der Rechtsextremismus ist seit Jahren ein Beobachtungsschwerpunkt des Landesamts für Verfassungsschutz. Die Beobachtung umfasst auch die Auswertung des Internets nach extremistischen Inhalten. Mit der Einrichtung eines Internet-Kompetenz-Zentrums im Jahr 2008 wurde diese Tätigkeit intensiviert und technisch ausgebaut.

Vor allem Jugendliche, die unter Verwendung jugendspezifischer Medien ins Visier der Rechtsextremisten geraten, müssen über entsprechende rechtsextremistische Bestrebungen aufgeklärt werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet seit Jahren einen wichtigen Beitrag, indem es Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen in Form von Vorträgen an Schulen des Landes sowie im Rahmen der Lehrerfortbildung durchführt. Im Rahmen dieser Maßnahmen werden die Schüler und Jugendlichen auch in Bezug auf rechtsextremistische Aktivitäten und Inhalte im Internet, einschließlich der Nutzung Sozialer Netzwerke, sensibilisiert. Besonderes Ziel ist es dabei, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu stärken. Seit 2009 erfolgt ein erheblicher Teil dieser Präventions- und Aufklärungsarbeit im Rahmen des Präventionsprojekts „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus“. Dieses Projekt tritt rechtsextremistischen Anwerbeversuchen unter Kindern und Jugendlichen entgegen. Es wird von der Landeszentrale für politi-

sche Bildung in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz durchgeführt und von der Baden-Württemberg Stiftung finanziert. Die Projektangebote richten sich an Jugendliche und Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit.

Die Polizei Baden-Württemberg informiert im Rahmen der Vortragskonzeption „kids-online“ an Schulen zielgruppenorientiert über die Gefahren durch extremistische Bestrebungen im Internet und insbesondere in den sozialen Medien des Web 2.0. Im Vordergrund steht besonders der Rechtsextremismus. So werden neben Hinweisen zur Strafverfolgung auch Ahndungsmöglichkeiten – zum Beispiel über das Beschwerdeformular von „jugendschutz.net“ – dargestellt.

Die Bürgerinnen und Bürger können jederzeit Anhaltspunkte auf rechtsextreme Aktionen und Aktivitäten sowie relevante Internetinhalte über die Internetwache der Polizei Baden-Württemberg unter [www.polizei-bw.de/internetwache](http://www.polizei-bw.de/internetwache) mitteilen. Im Zuge von Präventionsveranstaltungen zum Thema „Politisch motivierte Kriminalität“ oder „Mediengefahren“ wird regelmäßig darauf hingewiesen, dass der Polizei verdächtige Inhalte im Internet angezeigt werden können.

Ergänzend wird auf die Beantwortung des Antrags „Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken“ (Landtagsdrucksache 15/1069) verwiesen.

Gall

Innenminister